

Die Ameise

„Immer strebe zum Ganzen!
Und kannst Du selber kein Ganzes werden,
Als dienendes Glied schließ' an ein Ganzes Dich an!“

Organ des Gewerksvereins der Porzellan-, Glas- u. verwandten Arbeiter.

Erscheint jeden Freitag.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 1 Mark für 1 Exemplar, jedes weitere bis zu 5 Exempl. direkt unter einer Adresse bezogen 75 Pf. — 45 Kr. Oesterr. Währung.

Expedition: C. Kopsstraße 26 bei J. Bey. Alle Postanstalten und Zeitungs-Expeditionen nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben unter Mitwirkung der Vereins-Vorstände und Mitglieder

VOM

General-Rath.

Nr. 27.

Berlin, den 5. Juli 1878.

Fünfter Jahrgang.

Insertionsgebühr für die gewöhnliche Zeile 20 Pf. — 12 Kr. Oesterr. Währ. — Arbeitsmarkt 15 Pf. — 9 Kr. Oesterr. Währ. Für Zusendung v. Offerten unter Chiffre durch die Redaktion resp. Expedition werden 25 Pf. — 15 Kr. Oesterr. Währ. als Vergütung erhoben.
Redakteur: Georg Lenk, NW. Stromstraße 48.

Amtlicher Theil des Generalraths.

Aufforderung.

Der Ortsverein und die örtliche Verwaltungsstelle Altenburg werden hierdurch aufgefordert, die Abschlüsse pro 1. Quartal d. J. an den Hauptkassirer unverzüglich einzusenden und zwar so, daß dieselben spätestens bis zum 8. d. Mt. Abds. eintreffen.

Erfolgt die Einsendung bis zu diesem Termine nicht, so stellt es der Unterzeichnete den einzelnen Mitgliedern von Altenburg anheim, sich behufs Regelung ihrer Angelegenheiten zur Wahrung ihrer Rechte selbst hierher zu wenden.

Der Vorstand und Generalrath

W. Reichert, J. Bey, Georg Lenk,
stellv. Vorsitzender. Hauptkassirer. Hauptschriftführer.

Protokollauszug der 34. ord. Sitzung vom 16. Juni 1878.

Tagesordnung. 1) Zuschriften, 2) Stundungsgesuch, 3) Kassenbericht pro Mai, 4) Kommissionsbericht und Berathung des Rechtsschutzreglements, 5) Aufnahme von Mitgliedern.

Die Sitzung wird um 10¹/₂ Uhr eröffnet. Unentschuldig fehlt Hr. Schmidt II, beurlaubt Hr. Lenk I. Von den Revisoren ist Hr. Fette anwesend. Das Protokoll der 33. Sitzung wird genehmigt. In Veranlassung einer Anfrage des Hauptkassirers, ob die Organgelbereste im D.-V. Moabit gedeckt seien, beschließt der Generalrath, dem Restanten L., der die Zahlung seines Restes davon abhängig macht, daß ihm die sämtlichen Organe, für die er noch restirt, nachgeliefert würden, mitzutheilen, daß diese Nachlieferung jetzt nicht mehr erfolgen könne, da L. sich durch eigene Schuld nicht in den Besitz der Organe gesetzt habe. Er habe deshalb den Rest ohne Nachlieferung zu zahlen, oder die Folgen zu tragen. — Es folgt die L.-D.

In Bezug auf das Vorhaben des Ortsverbandes in Kaghütte, bezw. des Hrn. Hertlein daselbst, durch eine in Großbreitenbach abzuhaltende Versammlung eine Stärkung des dortigen Ortsvereins zu versuchen, liegt eine Zuschrift des Hrn. Hertlein vor, in welcher dieser mittheilt, daß die betr. Versammlung nicht hätte abgehalten werden können, indem ein Lokal dazu fehle. Es stecken nämlich die dortigen Fabrikbesitzer unseres Berufes hinter der Sache, welche die Wirthe zu der Weigerung, ein Lokal zu dem bezeugten Zweck herzugeben veranlaßt hätten, indem sie den entstehenden Ausfall zu decken versprochen. Der Generalrath beschließt, ein derartiges engherziges Verfahren der Fabrikbesitzer an dieser Stelle öffentlich zu kennzeichnen, den D.-V. Großbreitenbach unter den obwaltenden Umständen jedoch aufzulösen und die Mitglieder anzuweisen, sich an Kaghütte anzuschließen. — In Veranlassung der beabsichtigten Gründung eines Thüringischen Agitationsverbandes liegen Zuschriften der Ortsvereine Schmiedefeld I und Kaghütte vor, in welcher wegen Deckung der entstehenden Kosten angefragt wird. Der Generalrath beschließt nach kurzer Debatte, nicht die vollen Mittel für diesen Zweck zu bewilligen, sondern, wie der Hauptkassirer bereits nach den beiden Orten mitgetheilt, den Ortsvereinen die Verwendung eines einmaligen Betrages von 15 Mk. freizustellen. Außerdem steht die Verwendung des Geldes aus dem Bil-

dungsfond den Ortsvereinen zu demselben Zwecke frei. — Inbetreff des Mitgliedes Hansen beschließt der Generalrath diesmal in Rücksicht auf die Mittheilung H.'s, daß ihn nur die Differenz bei Hubbe und Garke in Neuhalbenleben, wo er Arbeit gehabt, abgehalten habe, dort in Arbeit zu treten, weshalb er noch jetzt arbeitslos sei und in fernerer Rücksicht darauf, daß H. bis jetzt noch nicht gezeigt habe, daß er sich seinen Verpflichtungen gegen den Gewerksverein zu entziehen gedenke, denselben die nachgesuchte Stundung bis 1. August zu bewilligen. — Dem D.-V. Kahl wird auf den Antrag des Hauptkassirers die Einsendung der Abschlüsse bezw. des Geldes für das 4. Quartal 1877 und das 1. Quartal d. J. bis zum Ablauf des 2. Quartals gestundet. — In der Prozeßsache des Mitgliedes Möller in Kahl gegen den Fabrikbesitzer Koch daselbst theilt M. mit, daß am 31. Mai Termin gewesen, daß derselbe jedoch ohne Erfolg verlaufen sei und die Sache deshalb ihren Fortgang nehme. Die nächste Instanz für die Sache sei das höhere Gericht in Koda. Ferner theilt M. mit, daß er am 17. Juni in Arbeit zu treten gedenke. — In einer vorliegenden Zuschrift des Hrn. Wahlstab in Königszell regt dieser anlässlich der Attentate auf den Kaiser die Frage an, ob es sich nicht empfehlen würde, wenn der Generalrath dafür wirke, daß in unseren Ortsvereinen der Abscheu über diese Vorgänge öffentlich ausgedrückt werde, um so zu beweisen, daß wir keine Anhänger der Sozialdemokratie seien, für die man uns doch noch vielfach hielt. Der Hauptkassirer hat unter Mittheilung davon, daß der Centralrath bereits eine derartige Adresse an den Kaiser beschlossen habe, Hrn. W. gebeten, von Weiteren in der Sache abzusehen, womit auch der Generalrath sich einverstanden erklärt. — Bezüglich der Klagesache des Mitgliedes Jarges von Moabit kommt zur Sprache, daß dieser Berlin verlassen und außerhalb in Arbeit getreten sei, weshalb behufs Fortführung der Sache ein Vertreter für J. gestellt werden muß. Der Generalrath beschließt, bei einem Rechtsanwalt Erkundigung einzuziehen, ob die Vertretung durch eine Zivilperson zulässig sei. Ist dies nicht angängig, so soll ein Rechtsanwalt mit der Führung der Klage beauftragt werden. — Hinsichtlich des Mitgliedes Eichhorn, welches in einer Zuschrift die Zurückzahlung der ihm als Darlehen vom Ausschuss in Schramberg gegebenen 10 Mk. verweigert, indem es meint, daß es dieselben als Unterstützung wegen Maßregelung zu empfangen gehabt hätte, stimmt der Generalrath der Ansicht des Hauptschriftführers zu, der dies letztere bei der Sachlage verneint und S. darauf hingewiesen hat, daß er unbedingt zur Rückzahlung verpflichtet sei. — Eine Anfrage von Blankenhain wegen des Verfahrens bei Auszahlung der Extraunterstützung hat der Hauptschriftführer erledigt. — Aus Zwickau wird mitgetheilt, daß die Verhältnisse für unseren Verein sich seit den Attentaten auf den Kaiser noch mißlicher gestaltet hätten, als sie vorher schon gewesen seien. Der Bezirkshauptmann sei jetzt eifrig bestrebt, Erkundigungen über unseren Ortsverein einzuziehen, da auch ihm wahrscheinlich die allgemein verbreitete Ansicht mitgetheilt worden sei, daß unser Ortsverein sozialdemokratische Richtungen verfolge. Es wird deshalb angefragt, wie man sich bei einer etwaigen Beschlagnahme der Vereinsunterlagen etc. zu verhalten habe. Der Hauptschriftführer hat nach dort geantwortet, daß so unangenehm behördliche Schritte gegen den Verein vielleicht auch seien, er trotzdem dafür halte, daß gerade dadurch eine Klärung der jetzigen allgemeinen irrigen Ansichten über unsere Vereinigung herbeigeführt werden würde, denn man werde dann eben, was man bis jetzt nicht gethan, einen Blick in die Statuten werfen und sich überzeugen müssen, daß wir keine Sozialdemokraten sind. Man solle jedoch nicht verfehlen, über jede außerordentliche Maßregel hierher zu berichten, damit wir event. im Stande sind, uns unser Recht wahren zu können. Sonst würde

man Allem ruhig entgegensehen. Der Generalrath ist mit dieser Antwort einverstanden. — Der Generalsekretär der Tischler hatte wegen Ausführung der Dresdener Reise hier angefragt. Der Hauptschriftführer hat demselben mitgetheilt, daß wir unsererseits von der Reise wegen der voraussichtlichen Erfolglosigkeit, die sich auch durch den kürzlichen Besuch des Anwalts in Dresden, bezw. seine Rücksprache mit den Vorständen der dortigen Ortsvereine bestätigt habe, für jetzt ablehnen. Später ließe sich vielleicht die Sache nochmals in Erwägung ziehen und wir wären dann bereit, darüber weiter zu sprechen. Der Generalrath erklärt sich damit einverstanden. — Im Anschluß daran theilt der Hauptkassirer mit, daß der Anwalt von Erfeld, vom volkswirtschaftlichen Congress, aus nach Bonn a./Rh. machen und dort im Interesse der Organisation auftreten wollte. Es wären jedoch von Bonn selbst Mittheilungen hier eingetroffen, die den Agitationsbesuch erst zum Herbst wünschten und die Angelegenheit sei deshalb bis dahin verschoben worden. — Nachdem den Mitgliedern Selzer und Platsch auf ihren Antrag, der jetzt mit Rechnung der gehaltenen Unkosten und vor dem Frachtschein begleitet erneuert ist, 27,70 resp. 11,13 Mk. Umzugskosten bewilligt worden sind, ist Punkt 1 erledigt. *

Es folgt Punkt 2 der L.-D., wobei 7 Mitgliedern des Ortsvereins Altenburg in Rücksicht darauf, daß dieselben infolge der dortigen gedrückten Geschäftslage ohne jede regelmäßige Beschäftigung sind und sich in der drückendsten Lage befinden, die Beiträge bis zum Schluß dieses Jahres gestundet werden. Der Generalrath hält dieses Entgegenkommen in diesem Falle in Bezug auf den Gewerkeverein geboten, da in Bezug auf die Krankenkasse die ebenfalls nachgesuchte Stundung sich nur auf die Zeit von höchstens zwölf Wochen erstrecken kann, die Mitglieder aber bereits länger restiren und deshalb schon durch die Nothwendigkeit der Einzahlung des über diese Zeit hinausgehenden Restbetrages in Anspruch genommen werden. — Dem Mitgliede Sommer von Moabit werden die Beiträge ebenfalls gestundet.

Bei Punkt 3 betragen die Einnahmen im Mai in der Generalrathskasse 41,62, die Ausgaben 367,73 Mk. Bestand am 1. Juni d. J. einschl. 700 Mk. nom. Berl. 4 1/2 % Pfandbriefe 792,99 Mk. Dem Hauptkassirer wird hierbei die Ermächtigung ertheilt, event. 300 Mk. Pfandbriefe verkaufen zu dürfen. Im Extraunterstützungsfond betragen die Einnahmen —, die Ausgaben 7,60 Mk. Bestand 6519,43 Mk.

Punkt 4 wird von der L.-D. abgesetzt und beschlossen, über 14 Tage eine Ertragsprüfung dafür anzuberaumen.

Bei Punkt 5 werden aufgenommen von Breslau 1, Kahla 5 Mitglieder. Hierauf Schluß der Sitzung um 12 1/2 Uhr. Nächste Sitzung über 14 Tage.

Der Generalrath.

Reichert,
stellv. Vorsteher.

Georg Lenz,
Hauptschriftführer.

25. ord. Vorstandssitzung der Krankenkasse, eingeschriebene Hilfskasse, vom 16. Juni 1878.

Tagesordnung: 1) Zuschriften, 2) Stundungsgeßuch Altenburg, 3) Kasfenbericht pro Mai, 4) Aufnahme und Ausschluß von Mitgliedern.

Die Sitzung wird um 12 1/2 Uhr eröffnet. Es fehlt ohne Entschuldigung Hr. Schmidt II; Hr. Lenz I ist beurlaubt. Für den Ausschuß ist Hr. Fetke anwesend. Das Protokoll der 24. Sitzung wird verlesen und genehmigt und sofort in die L.-D. eingetretet.

Zu Punkt 1 bringt der Hauptkassirer zur Sprache, daß in Königszell seitens mehrerer Mitglieder eine zu hohe Angabe des Durchschnittsverdienstes bei der Aufnahme in die Krankenkasse stattgefunden habe, und daß infolgedessen die betr. Mitglieder sich über ihren Durchschnittsverdienst hinaus verschuldet hätten. Er habe die Verdienste durch die örtl. Verwaltung von Königszell genau feststellen lassen und dies ergebe, daß die Uebersicherung bei den in Betracht kommenden 3 Mitgliedern Görlisch, Bestler und Wohlfarth resp. R. 3,50, 3,00 und 1,00 beträgt. Nach lebhafter Debatte über die Sache beschließt der Vorstand, nachdem ein Antrag auf Ausschluß der Mitglieder deshalb zurückgezogen ist, weil das Statut keine genügende Handhabe dazu bietet, die betr. Mitglieder auf Grund des § 7, letzter Absatz, des Statuts, zum Verlust desjenigen Theils ihrer Krankenunterstützung zu verurtheilen, welcher ihren Durchschnittsverdienst übersteigt, was also jetzt bei Görlisch 3,00, bei Bestler 3,00 und bei Wohlfarth 1,00 R. pro Woche ausmacht. In Bezug auf den letzteren hält der Vorstand übrigens an der Ausführung seines Beschlusses in vorhergehender Sitzung, daß B. nochmals untersucht und, im Fall sich nachweisen lasse, daß er bereits bei Aufnahme in die Krankenkasse krank gewesen sei, aus der Krankenkasse ausgeschlossen werden solle, trotz der Schwierigkeit, die sich der Sache durch Krankheit des Arztes entgegenstellt. Es soll, wie der Vorstand bestimmt, event. ein Arzt aus Breslau in Anspruch genommen werden. — Die örtl. Verwaltung von Neuhaldensleben beantragt, das Mitglied Boigt wegen Rest zu streichen. B. ist dasselbe Mitglied, über welches der Vorstand bereits einmal verhandelt hat, und zwar, weil der dringende Verdacht der Simulation auf ihm ruhte. Es mußte jedoch damals wegen dem eigenthümlichen Verhältnis, in das unsere Krankenkasse zu Alt- und Neuhaldensleben, bzw. die Mitglieder derselben, zu den dortigen Verhältnissen dadurch gerathen wären, von der Beibringung der Beweise gegen B. Abstand genommen werden und der Vorstand empfahl deshalb nur, auf B. keinen Rest zu haben, und ihn, sobald er seinen Pflichten nicht nachkomme, auszuschließen. B., der seit 1. April d. J. die Beiträge schuldet, gehörte zu den arbeitslosen Dackern von Hahne und Garke in Neuhaldensleben und erhielt infolgedessen vom 20. April ab, als er schon drei Wochen Beiträge in der Kr.-Kasse nicht zahlte, die Gewerkevereinskasse Unterstützung. Da B. auch die nächsten Wochen nicht zahlte, vielmehr seinen Rest über die statutenmäßige Höhe hinauswachsen ließ, so beantragt, auf den obigen Beschluß des Vorstandes gemäß, die örtl. Verwaltung die Streichung des B., was sie nach dem Statut nicht thun darf, als Simulant angesehen werde und daß demnach keine Unterstützung mehr an B. werde, sobald die Unterstützung aufhöre, nicht mehr zahlen, was er dies auch nach seinem Abzuge von der dortigen Fabrik gelien. Das Boigt selbst liegt ebenfalls eine Zeitlang vor, was er sich über das Verhalten der örtl. Verwaltung beschwert, indem er anführt, er habe in den ersten Wochen, wo er Unterstützung empfing, den Kassirer wegen des Fehlens der Rechnung befragt, was diesem aber die Antwort ertheilt, er solle den Rest im Monat bezahlen. Dies habe er gethan, jedoch keine

hierauf bezügliche Bestimmung gefunden und deshalb angenommen, er sei, so lange er unterstützt werde, von den Beiträgen befreit. Er bittet schließlich, ihm die Mitgliedschaft zu belassen. Der Vorstand stimmt jedoch nach längerer Diskussion dem Antrage der örtlichen Verwaltung von Neuhaldensleben auf Ausschluß des B. zu und zwar wird dabei als maßgebend angenommen, daß die Antwort des Kassirers, B. solle wegen dem Zahlen der Beiträge im Statut nachsehen, vollständig korrekt war; hätte B. dies wirklich gethan, so hätte er gefunden, daß er nicht mehr als 6 wöchentliche Beiträge schulden darf. Vollständig unberechtigt aber ist die Annahme B.'s., daß er, weil ihm aus der Gewerkevereinskasse Unterstützung gewährt werde, von den Beiträgen zur Krankenkasse befreit sei. Ausschlaggebend ist jedoch hauptsächlich für den Beschluß des Vorstandes die Thatsache, daß B. Simulant ist und deshalb die von der örtlichen Verwaltung ausgesprochene Befürchtung nur berechtigt erscheint. Punkt 1 ist erledigt.

Zu Punkt 2 wird 7 Mitgliedern der örtlichen Verwaltungsstelle Altenburg Stundung der Beiträge auf die Zeit von 12 Wochen gewährt. Da die Betreffenden aber bereits seit Anfang dieses Jahres restiren, so sollen dieselben aufgefordert werden, den über die obige Frist hinaus gehenden Betrag alsbald zu decken.

Bei Punkt 3 betragen die Einnahmen im Mai 414,44, die Ausgaben 95,91 Mk. Bestand am 1. Juni 1878 926,33 Mk., einschl. 600 Mk. nom. Berl. 4 1/2 % Pfandbriefe.

Beim 4. Punkt der L.-D. wird die Erhöhung des Mitgliedes Wagner von Schmiedefeld I von der 2. in die 3. Klasse genehmigt. Aufgenommen werden von Breslau: Boas. Ausgeschlossen bzw. ausgeschlossen sind von Schmiedefeld I: Keiner; Neuhaldensleben: Boigt; Blankenhain: Erb. Hierauf erfolgt Schluß der Sitzung um 2 Uhr. Nächste Sitzung über 14 Tage.

W. Reichert, stellv. Vorsteher. J. Bey, Hauptkass. Georg Lenz, Hauptschriftführer.

Die Lehre von der Grundrente.

III.

Außer dem Anbau neuen Bodens im Inland, außer der Zufuhr von Bodenprodukten aus weiteren Entfernungen giebt es aber noch ein drittes Mittel, die Lebensmittel für eine wachsende Bevölkerung zu beschaffen. Dieses letzte und unseres Erachtens bedeutendste Mittel ist die Verwendung von mehr Kapital und Arbeit auf den alten Boden, die intensivere Kultur. Der Uebergang von der Dreifelderwirtschaft mit Brache und Weide zu der Fruchtwechselwirtschaft, welcher in Deutschland noch nicht überall durchgeführt ist, giebt ein großartiges Beispiel dieses Vorgehens. Ricardo zieht konsequent auch diesen Vorgang in seine Lehre hinein; er behauptet, daß die auf bereits angebauten Boden verwendeten Mehrkosten an Arbeit und Kapital verhältnismäßig weniger Ertrag bringen. Gemäß unserer früheren Annahme kostet die Tonne Weizen auf dem besten Boden 20 Tage Arbeit, auf dem Boden zweiter Qualität 30 Tage Arbeit. Wenn man die zweite Tonne statt auf neuem Boden auf dem alten erbauen wollte, so würde nach Ricardo's Ansicht ein ähnliches Verhältnis eintreten; die zweite Tonne würde auch auf dem alten Boden 30 Tage Arbeit erfordern. In diesem Falle gewährt eigentlich nicht das Grundstück, sondern die erst angewandte Arbeit die Grundrente; aber die Wirkung auf Arbeitslohn und Kapitalzins bleibt dieselbe, indem diese nunmehr durch den geringeren Ertrag der Mehrarbeit bestimmt werden. Es bildet dies den Schlüsselstein zu dem Malthus-Ricardo'schen „ehernen“ Gesetze, das wir am bezeichnendsten so ausdrücken: Der Ertrag und der Lohn der Arbeit stehen im umgekehrten, die Grundrente im rechten Verhältnis zur Bevölkerung. Das Gesetz des mit Nothwendigkeit zunehmenden Pauperismus.

Allein auch in ihrer letzten Anwendung steht die Ricardo'sche Theorie keineswegs in Einklang mit der Gesamtheit der historischen Thatsachen. Um dies genauer darzulegen, würde mindestens eine Uebersicht der wirtschaftlichen Entwicklung vieler Länder erforderlich sein; wir müssen uns an dieser Stelle auf einige große allbekannte Beispiele beschränken. Die erste Benutzung des Bodens ist die Jagd, die zweite die nomadische Viehzucht, die dritte und bedeutend spätere der Ackerbau. Der Uebergang von der ersten zur zweiten, noch mehr der von der zweiten zur dritten Stufe erfordert bedeutende Mehrarbeit; aber diese Mehrarbeit gewährt ausnahmslos einen sehr viel höheren Ertrag als die frühere Arbeit. Jedermann weiß, daß ein und dasselbe Gebiet, das einen Jägerstamm von 100 Personen nothdürftig ernährt, der zehnfachen Zahl von Hirten und der hundertfachen Zahl von Ackerbauern reichlichen Unterhalt bietet. Und wenn auch nicht in demselben Maße, so doch noch immer fortschreitend produktiv ist der Uebergang von dem extensiven zum intensiven Ackerbau. Die künstliche Düngung, vom Mergel bis zum Guano, die rationelle Ent- und Bewässerung, die Erfindung und Vervollkommenung der landwirtschaftlichen Geräte und Maschinen, das Fiepsflügen, die Stallfütterung, die Verbesserung der

Wege, endlich die Spaten- und Gartenkultur — das Alles macht die Anwendung von mehr Arbeit und Kapital auf denselben Boden in der Regel ergiebiger oder wenigstens gleich ergiebig. Der einfachste und sicherste Beweis hierfür liegt in der Thatsache, daß das Einkommen der landwirtschaftlichen Arbeiter in den Ländern und Gegenden mit intensiver Wirtschaft meist höher ist als in den anderen;* denn da (wie gerade Ricardo lehrt) der Arbeitslohn dem Ertrage der zuletzt angewendeten Arbeit entspricht, so bedeutet höherer Lohn den höheren Ertrag dieser Mehrarbeit und widerlegt schlagend das Gesetz von der abnehmenden Produktivität der Arbeit.

Nach dieser vorwiegend kritischen Erörterung werden wir in dem folgenden Artikel die Lehre von der Grundrente nach unserer eigenen Auffassung klarzulegen suchen.

Verkehrte Maßregeln.

Auch Hr. Kommerzienrath Tielich hat in das Horn gestoßen, das jetzt von einem großen Theil der Arbeitgeber mit allen Kräften geblasen wird. Wir lesen nämlich in der „Breslauer Zeitung“ folgende Ansprache an die Arbeiter der Porzellanfabrik des Hrn. Kommerzienraths:

„An meine Arbeiter! Die sozialdemokratischen Lehren, welche durch gewissenlose Agitatoren mittelst Wort und Schrift ausgestreut werden, haben allerwärts die bedauerlichsten Verirrungen der Gemüther herbeigeführt, wie dies die beiden frevelhaften Mordanschläge auf die erhabene Person unseres ehrwürdigen Kaisers Wilhelm beweisen.

„Die Schandthaten des 11. Mai und 2. Juni machen es jedem treuen Staatsbürger, jedem rechtschaffenen Manne zur Pflicht, der weiteren Verbreitung jener gefährlichen Lehren entgegenzutreten.

„Darum richte ich an meine sämtlichen Arbeiter den dringenden Ruf, mitzuwirken an der Erhaltung der Ordnung, an der Wahrung des gesellschaftlichen Friedens, an der Förderung wahrer Bildung und Gesittung. Das allein sind die Grundlagen, auf denen die Wohlfahrt des Einzelnen und der Gesamtheit gedeihen kann.

„Wer von Euch aber anderer Meinung ist, wer da glaubt, durch den Umsturz aller gesellschaftlichen und staatlichen Verhältnisse ein von fremden Agitatoren ihm vorgespiegeltes Glück erstreben zu müssen und demnach mit meinen aufrichtigen, auf Euer Wohl bedachten Absichten nicht übereinstimmt, der möge seine Arbeit bei mir niederlegen.

„Ich aber werde jeden Arbeiter, der erweislich sozialdemokratische Bestrebungen unterstützt, oder gar für diese Irrlehren agitirt, sozialistische Versammlungen besucht, sozialistische Blätter in der Fabrik liest und verbreitet, sofort entlassen.“ — Neu-Altkwasser, im Juni 1878.

Carl Tielich, Königl. Kommerz.-Rath.

Abgesehen davon, daß wir der Ansicht sind, daß in Altkwasser, wo unsere Organisation, die deutschen Gewerksvereine, durchaus festen Fuß gefaßt haben, gerade deshalb es der Sozialdemokratie schwer werden dürfte, für ihre Agitation Boden zu gewinnen, und daß also Hr. Tielich kaum besondere Veranlassung zu einem solchen Schritte hat, glauben wir die vollständige Verkehrtheit und Unzweckmäßigkeit derartiger Maßregeln nicht genug hervorheben zu können.

Vom rein menschlichen Standpunkte aus ist offenbar ein solches Vorgehen der Arbeitgeber, wie das in der Jetztzeit, entschieden zu verurtheilen. Wir nehmen für jeden Menschen, und so auch für den Arbeiter, das Recht in Anspruch, seine Ueberzeugung haben und darnach handeln zu können. Es heißt den Arbeiter auf eine tiefere menschliche Stufe stellen, will man ihm dies Recht nehmen, indem man ihn in seiner Existenz, in der Existenz seiner Familie bedroht. Was würden wohl die Herren Arbeitgeber sagen, wenn der Spieß umgekehrt würde? Würden sie nicht, und zwar mit vollem Recht, über die unerhörteste Vergewaltigung schreien? Und deshalb sagen wir, fort mit derartigen Gewaltmaßregeln.

Aber selbst vom praktischen Standpunkte aus betrachtet, glaubt man denn, mit solchen Abschreckungsmitteln etwas erreichen zu können? Glaubte man damit wirklich „der weiteren Verbreitung jener gefährlichen Lehren entgegenzutreten“? Wir meinen, daß dies eine Selbsttäuschung ist, die sich in der Zukunft vielleicht einmal an den Urhebern auf's Empfindlichste rächen kann. Nicht befehlen, nicht Jemand von seiner Ueberzeugung oder Meinung abbringen wird man damit, nein, nur zur Verhärtung und Verknöcherung der einmal gefaßten Meinungen und Ansichten wird dies führen bei Denjenigen, die der Sozialdemokratie bereits angehören; es wird in dem Arbeiter, der bisher der sozialdemokratischen Lehre noch nicht volles Ohr geschenkt hat, nur

das Gefühl der Verbitterung hervorrufen und ihn, wenn auch nicht offen, um so sicherer in die Arme der Sozialdemokratie treiben. Es wird überhaupt in jedem Arbeiter das Gefühl der schreiendsten Ungerechtigkeit und Bedrückung hervorrufen und so den besten Boden schaffen gerade für die weitere, wenn auch geheime Verbreitung derjenigen Lehren, die man zu bekämpfen meint.

Aus diesen Gründen rathen wir entschieden ab von dem bisher betretenen Wege: suche man durch Belehrung der Arbeiter, durch humanes Handeln und durch Förderung humaner Einrichtungen die jetzigen Uebelstände zu verbessern, anstatt durch ungerechte und verkehrte Maßnahmen, durch rücksichtslose Ausnutzung der Macht, die dem Arbeitgeber gegenwärtig durch die schlechte Lage des Geschäfts über den Arbeiter gegeben ist, die schon bestehende Kluft noch zu erweitern, das Gefühl der Bedrückung bei den Arbeitern zu vermehren, und man wird mehr erreichen, als dies mit Gewalttaten irgend welcher Art geschehen kann.

Komme man aber, das sei schließlich den Herren Arbeitgebern noch besonders zugerufen, nicht mehr denjenigen Arbeitervereinigungen mit Mißtrauen und Feindseligkeit entgegen, die, entgegen den sozialistischen Bestrebungen, auf vernünftigem und geschlichem Wege die geistige und materielle Lage des Arbeiters zu verbessern und so zu seinem inneren und äußeren Halt beizutragen bestrebt sind.

Georg Lenk.

Zur Agitation.

Mehrere vor nicht langer Zeit erschienene Nummern dieses Blattes haben uns über die Verhältnisse in unserm Gewerksverein ein recht anschauliches Bild entworfen. Der Verfasser, unser Generalsekretär Herr Lenk, hat eine recht mühevolle Arbeit vollbracht, um Jedem so die tatsächliche Leistung einer Vereinigung von kaum mehr als Tausend Mitgliedern vor Augen zu führen.

Man sollte glauben, diese uns vorgeführten Zahlen, der berechtigte Zeuge für die segensreiche Wirkung der deutschen Gewerksvereine, sollten nun doch wohl den außerhalb unserer Vereinigung stehenden Kollegen Stoff zum Nachdenken geben, ihnen den Anschluß an das „Ganze“ mahnend aus Herz legen. Doch ist dem leider nicht so. Die Lässigkeit ist größer, als man glaubt; unbekümmert um die Zukunft, um das Wohl und Wehe der Angehörigen, lebt ein großer Theil unserer Kollegen in den Tag hinein, andern die Aushahnung besserer Verhältnisse überlassend.

Es läßt sich freilich nicht verkennen, daß die schlechte wirtschaftliche Lage der Industrie, die flauere Geschäftszeit in allen Branchen einer gedeihlichen Entwicklung und Verbreitung der Gewerksvereine hindernd in den Weg treten. Die Beiträge zu erschwingen fällt dem Arbeiter, bei dem ohnehin knappen Lohne, schwer, und nur Entbehrungen in der sonst gewohnten Lebensweise ermöglichen es manchem braven Arbeiter, seine schon erworbenen Rechte zu erhalten.

Unter solchen Umständen ist die Agitation doppelt schwer und eine Abnahme der Mitgliederzahl wäre nur natürlich. Da gilt es denn am Platz zu sein, für die echten Gewerksvereiner, für die Beamten der Vereine, unablässig und stetig sollen sie fördernd die Idee der Gewerksvereine in die Versammlungen tragen, in die Herzen der Arbeiter, zum Ausharren ermahnend, dann wird der gute Erfolg auch jetzt schließlich nicht fehlen, man wird auf diese Weise nicht nur den alten Mitgliederstamm erhalten, sondern auch noch neue Anhänger dem Vereine zuführen.

Zu unserer Freude sehen wir, wie auch am Rheine unser Gewerksverein wieder nach jahrelangem Stillstand Wurzeln zu schlagen beginnt. Ich sage zu unserer Freude und Glaube da im Sinne vieler Vereinsgenossen zu sprechen. Wenn von den Mitgliedern wird es denn nicht inuiglich freuen, daß der Ortsverein der lange Zeit, theils durch die Schuld gewissenloser Beamten, theils durch die Lässigkeit der Mitglieder selbst, seiner schließlichen Auflösung entgegen ging, nun wieder neu erstanden in unsere Reihen eingetreten ist und hoffentlich für alle Zeiten ein würdiges Glied in der großen Gewerksvereinskette bilden wird. Wir wünschen den Beamten, den Leitern, dieses neu erstandenen Vereins, daß ihnen die Lust, Ausdauer und Energie, die zum Gedeihen eines jeden Vereins erforderlich ist, nie fehlen möge.

Der Ortsverein Bonn, als erster unseres Berufes am Rhein, hat die Mission, mit allen Mitteln die uns schon früher angehörenden Personale von Köln und Rippes uns wieder zuzuführen. Ein diesen Personalien so nahe liegender Verein wie Bonn ist ja der beste und billigste Agitator und sollte es vorläufig

* Wir erinnern nur an die regelmäßigen Wanderzüge der indischen Arbeiter aus den östlichen dünnbevölkerten nach den mittleren dichtbevölkerten Provinzen Preussens, wo sie einen wesentlich höheren Lohn gerade bei der intensivsten Wirtschaft des Rüben- und Sigorienbaues erwerben.

ihm allein, ohne große Kosten und Mühe nicht möglich sein, eine wirksame Agitation bei den Nachbarpersonalen ins Werk zu setzen, nun dann wird es auch von Seiten des Generalraths an der nöthigen Unterstützung nicht fehlen.

Wir sind in der Lage, die Verhältnisse der dortigen Personale zu kennen, und zwar die der Maler aus eigener Erfahrung; wir wissen, daß ein großer Theil der Kollegen von der Nothwendigkeit einer Vereinigung fest überzeugt ist. Die dort bestehenden lokalen Kassen sind in einem verärgerten Zustande, daß es namentlich den jüngeren Leuten wahrlich nicht zu verdenken ist, wenn sich dieselben weigern, diesen Kassen beizutreten und daher ist die Auflösung dieser Kassen nur noch eine Frage der Zeit. Es wird denn über kurz oder lang doch nicht anders kommen, man wird zu den nationalen Kassen der Gewerkvereine greifen müssen, will man sich anders nicht in Zwangskassen einverleiben lassen.

Doch wie soll nun die Agitation eigentlich betrieben werden? Diese Frage höre ich wohl zu allererst aufwerfen. — Hier mein Vorschlag.

Man suche vor allen Dingen erst einige Kollegen aus dem Dreherpersonal Nippes für unsere Sache zu interessieren, hofentlich wird es an geeigneten Persönlichkeiten, an Freunden unserer Sache auch in Nippes nicht fehlen. Haben diese Kollegen nun ein wenig Bahn gebrochen, nun dann ist wohl eine Versammlung das Beste, um weitere Schritte zu beraten. Da sich nun ein großer Theil der Kollegen in Köln, Nippes, Bonn, theils befreundet, theils bekannt ist, so denke ich mir eine Annäherung dort weniger umständlich und kostspielig.

Hat man nun eine Zusammenkunft ins Werk gesetzt und einigermaßen eine günstige Meinung über die Gewerkvereine mit ihren eingeschriebenen Hilfskassen verbreitet, nun dann gehe man mit der Gründung eines Ortsvereins unverweilt vor und überlasse auch dem Generalrath einen Theil der Arbeit. Jetzt ist es nämlich an der Zeit, daß event. ein Redner von Berlin oder den nächst gelegenen älteren Ortsvereinen nach dem neuen Vereine entsandt wird. Ich zweifle nicht, daß dann auch in Köln und Nippes die Gewerkvereine das Gebiet wieder erobern werden, welches uns das Jahr 1870 entrißen hat.

Erreulich ist es zu konstatiren, daß sich der Generalrath mit dieser Angelegenheit in seiner letzten Sitzung auch schon beschäftigt hat und eine Agitation am Rhein event. mit Hilfe von Verbandsmitteln betreiben will — leider ist dieselbe vorläufig noch verschoben. *) Möge man in gelegenen Zeiten nicht allzu engherzig in Bewilligung von Mitteln zu dieser Agitation zu Werke gehen, wenn es gilt, für die Ausbreitung und Verstärkung unserer Organisation im Gebiete des „alten Vater Rhein“ einzutreten.

Fürstberg, den 23. Juni 1878.

Carl Nagel.

*) Siehe über den Grund dazu Näheres im vorstehenden Generalrathsprotokoll. D. Red.

Verschiedenes.

Aus Griesel in Baiern wird uns aus Gewerkekreisen geschrieben: Ich kann nicht umhin, Ihnen zu berichten, in welcher Lage wir Gewerkekreise hier uns seit dem letzten, überhaupt seit den zwei hintereinanderfolgenden Attentaten auf den Kaiser befinden. Schon seit Bestehen unseres Ortsvereins (seit beinahe 6 Jahren) wurden wir hier von den Arbeitgeber und Kleinrentnerkreisen, auch von vielen Arbeitern, für Sozialdemokraten angesehen, trotzdem wir stets bemüht sind, einem Jeden den Unterschied durch Wort und Schrift klar zu machen; man steht davon nicht ab, schenkt uns absolut kein Gehör, geschweige daß man uns glaubt. Weil man eben hier die Sozialdemokraten nicht kennt, ist man der Meinung, wir sind solche und daß die Betroffenen sich durch unsere Statuten überzeugen ließen, scheint mir, ist eben nicht der Höhe werth, sie plaudern immer so in den Nebel hinein und lassen unser einen gar nicht zu Worte kommen. Diese Zustände haben sich nun aber infolge der Attentate noch verschlimmert. Vergangene Woche und diese zwei Pfingstfeiertage mußte ich viel kämpfen für unseren Verein. Durch meine Worte bei uns nachzugehen konnte, gelang es mir jedoch, so einigermaßen den Sieg herauszubringen, aber immer lauten wieder Andere und mehr ein, die bei ihrer Ansicht bleiben. Da kam mir auch heute zu Ohren, daß sich unser Hr. Bezirksamtmann sehr befreit, über unsere Ortsverein Erlaubnisse einzuweisen, da auch ihm wahrscheinlich gesagt worden ist, daß wir der sozialdemokratischen Richtung angehören. Demnach wäre es auch gar nicht so leicht zu vermeiden, wenn wir eines Tages seitens unserer wohlwollenden Behörde mit einem Besah bestraft werden und man unsere Vereinsstatuten und unsere Statuten einer heftigen Durchsicht unterwerfen würde. Wir haben schon oft darüber Besah für uns von Zeit ausgetragen, indem wir immer wieder die Augen haben gelassen werden müssen. In welcher Lage wir uns befinden, ist für uns sehr bedauerlich, denn die Thatsache, daß wir hier allgemein für solche gehalten werden, ist es schon alle beschriebenen Punkte anzusehen, zu vermeiden.

Kleine Fachzeitung.

Ein Verfahren große Löcher in Glasplatten zu machen. Man macht aus Lehm einen etwas erhöhten Ring in der Größe des gewünschten Loches, klebt diesen auf die Glasplatte, schüttet innerhalb dieses Ringwalles etwas Petroleum, läßt es ausbrennen, stößt sodann mittels eines runden Holzes, welches etwas dünner als das verlangte Loch sein muß, auf einer nicht sehr harten Unterlage im Centrum dieses Walles darauf, worauf ein an den Rändern zackiges Loch entsteht, welches dann mit der Feile ausgeglichen werden kann. Kaltes Wasser auf die heiß gewordene Stelle gebracht, soll dies noch besser bewirken.

Sächs. Gewerbe-Zeitung.

Anfertigung eines guten Modellthons. Trockener Thon, der mit Glycerin anstatt mit Wasser angeknetet wird, liefert eine Masse, welche eine lange Zeit feucht und plastisch bleibt. Dadurch wird für den Bildhauer, Modelleur, Former u. s. w. eine der größten Unannehmlichkeiten beseitigt.

Deutsche Töpfer- und Zieglerzeitung.

Vereins-Nachrichten.

§ Schmiedefeld. Die am 5. Juni abgehaltene Orts-Versammlung des Ortsvereins I wurde von dem Vorsitzenden Hrn. F. Hartleb um 8 1/2 Abends eröffnet. Die Mitgliederliste ergiebt die Zahl von 82 anwesenden Mitgliedern. Das Protokoll der am 3. April abgehaltenen Ortsversammlung wurde vorgelesen und genehmigt. Auf der Tagesordnung steht folgendes: I. Bericht des Kassiers vom I. Quartal 1878. Die Kasse hatte eine Einnahme von 150 Mk. 51 Pf., eine Ausgabe von 57 Mk. 75 Pf., bleibt Baarbestand für II. Quartal 92 Mk. 76 Pf. Die Kasse wurde von den Revisoren revidirt und in bester Ordnung vorgefunden. Hierauf wurde dem Kassierer, Hrn. F. Machalet Decharge ertheilt. Ferner meldeten sich in der heutigen Versammlung 3 neue Mitglieder zum hiesigen Orts-Verein an, und zwar August Wölff, Karl Ewald, Franz W. Boshardt. Schließlich wurde von den anwesenden Mitgliedern beantragt, daß diesjährige Stiftungsfest am 8. Juli zu feiern und zwar mit einem gemeinschaftlichen Abendessen, nach diesem Ball. Der Orts-Verein II und der Orts-Verein Suhl sollen hierzu eingeladen werden. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen und gleichzeitig die Sitzung der örtlichen Verwaltungsstelle, eingeschriebene Hilfskasse eröffnet.

F. Hartleb, Vorsitzender. Adolph Wagner, Schriftführer.

Schmiedefeld, den 5. Juli 1878. Versammlung der örtlichen Verwaltungsstelle (eingeschriebene Hilfskasse) Schmiedefeld I. Dieselbe wurde von dem Vorsitzenden Hrn. F. Hartleb um 10 Uhr eröffnet und zwar in Anwesenheit von 82 Mitgliedern. Auf der Tagesordnung steht I. Bericht des Kassiers über den Bestand der Krankenkasse, eingeschriebene Hilfskasse vom I. Quartal 1878. Derselbe ergiebt eine Einnahme von 882 Mk. 87 Pf., eine Ausgabe von 309 Mk. 56 Pf., bleibt Baarbestand für II. Quartal 1878 73 Mk. 31 Pf. Die Kasse wurde von den Revisoren revidirt und in bester Ordnung vorgefunden. Hierauf wurde dem Kassierer Hrn. F. Machalet Decharge ertheilt. Da sonst keine wichtigen Angelegenheiten vorlagen, so wurde die Sitzung geschlossen.

Friedrich Hartleb, Vorsitzender. Adolph Wagner, Schriftführer.

§ Blankenhain, den 8. Juni 1878. Protokoll der Versammlung des Ortsvereins der Porzellan-, Glas- und verw. Arbeiter. Die Sitzung eröffnete der Vorsitzende Hr. Franz Liska Abends 7 1/2 Uhr bei Anwesenheit von 10 Mitgliedern und theilte der Versammlung mit, daß sein Abgang von hier nächster Tage erfolge und er aus diesem Grunde sein Amt als Vorsitzender abgebe. In Folge dieser Erklärung wurde die Neuwahl eines Vorsitzenden vorgenommen, und wurde mit einer Majorität von 4 Stimmen der seitherige stellv. Vorsitzende Hr. August Hoffmann gewählt, für dessen Amt trat die Wahl Hrn. Johann Bollmer; beide Herren nahmen die Wahl an. Hr. Franz Liska erklärte, daß er Mitglied unseres Vereins bleibe und bemüht sein würde, in seinem neuen Bestimmungsort einen Ortsverein zu gründen; so lange dies nicht der Fall sei, wolle er dem hiesigen Vereine angehören. Für das ihm geschenkte Vertrauen sage er den Mitgliedern seinen innigsten Dank. Wir unsererseits fühlen uns veranlaßt Hrn. Fr. Liska für seinen anerkanntswürdigen Eifer und seine Bestrebungen für den Verein, trotz seiner Stellung, den Nachruf zu geben, daß wir stets seiner in freundlichster Erinnerung gedenken werden. Da Weiteres nicht zu verhandeln war, wurde zur Erhebung der Beiträge geschritten, worauf der Vorsitzende den Schluß der Versammlung erklärte.

Ed. Küffert, Schriftführer.

Protokoll der Versammlung der örtlichen Verwaltungsstelle Blankenhain vom 8. Juni 1878. Der Vorsitzende Hr. Fr. Liska eröffnete um 8 1/2 Uhr die Versammlung. Punkt I betraf die Bestätigung der Hrn. August Hoffmann und Herrn Johann Bollmer als Vorsitzende auch für die örtl. Verwaltungsstelle. Da weiter nichts zu verhandeln war, wurde zur Erhebung der Beiträge geschritten, worauf der Schluß der Versammlung vom Vorsitzenden erklärt wurde.

Ed. Küffert, Schriftführer.

Nebenverdienst!

Zuverlässige Gewerkevereinsmitglieder, am liebsten durch den Ortsvereinsvorstand empfohlen, die sich auf leichte Weise einen lohnenden Nebenverdienst erwerben wollen, werden an allen Vereinsarten gesucht und mögen sich unverzüglich melden beim

Bureau des Deutschen Arbeiterkongresses, Berlin S., Ritterstr. 3.